

## Flüchtlinge aus Eritrea

# Lebenslang im Militär

Nach dem Schulabschluss werden in Eritrea automatisch alle Abgänger in den Militärdienst eingezogen. Sie sind Gefangene des eigenen Systems.



Sie haben die Flucht überlebt. Viele eritreische Flüchtlinge dagegen nicht. Bild: ap

BERLIN *taz* | Die meisten Flüchtlinge aus Eritrea sind jugendliche Mädchen und Jungen und junge Erwachsene. Sie alle flüchten aus demselben Grund: wegen des brutalen Militärdienstes. Unter der Diktatur von Eritreas Herrscher Isaias Afewerki werden nach dem Schulabschluss automatisch alle Abgänger in den Militärdienst eingezogen. Die meisten für ein Leben lang. Sie haben keine Chance, frei einen Beruf zu wählen und eine Ausbildung zu machen.

Stattdessen hausen die jungen Männer und Frauen in den Militärlagern unter furchtbaren Bedingungen wie Gefangene ihres eigenen Regimes. Auf Desertion stehen Strafen in Lagern und Folter. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bezeichnet Eritrea als ein einziges „gigantisches Gefängnis“.

Das einzige Entkommen aus den Fängen des Militärregimes ist die Flucht. Vor allem junge Eritreer laufen davon, eine ganze Generation ist geflohen. Die meisten suchen Zuflucht in Kenia, Uganda oder Südsudan, wo sie relativ leicht Bleiberecht erhalten.

Nur die wenigsten machen sich auf die riskante Reise nach Europa. Viele haben bereits Angehörige in Europa, die die Schlepper durch die Sahara und die teure Überfahrt über das Mittelmeer finanziell überhaupt ermöglichen. Eritreer erhalten in der EU meistens Asylstatus. Doch dazu müssen die Fahnenflüchtigen es eigenständig nach Europa schaffen.

**Jeder Sechste ist ins Ausland geflohen**

Mittlerweile leben mehr als eine Million Eritreer im Exil. Bei einer geschätzten Bevölkerung von rund sechs Millionen lebt also jeder Sechste im Ausland. Das Geld, das die Exilanten an

die Angehörigen zu Hause schicken, macht über 30 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Es hält das Land buchstäblich am Leben. Denn die Wirtschaft des fast komplett isolierten Landes ist am Boden. Es gibt kaum noch Diesel und Benzin, Strom oder Nahrungsmittel.

Die westlichen Geberländer haben schon lange alle Hilfgelder eingestellt. Denn in Eritrea wird jeder Bereich der Gesellschaft vom Regime strengstens kontrolliert. Jegliche Entwicklungshilfe würde also unmittelbar dem Regime zugutekommen. Eritrea gilt quasi als Schurkenstaat.


UN-Ermittler haben Beweise gefunden, dass das Regime islamistische Terrornetzwerke unterstützt. Daher fließen fast keine Hilfsleistungen nach Eritrea. Somit haben die westlichen Länder auch keinen Hebel, auf das Regime Einfluss zu nehmen.

## Eritreische Flüchtlinge Folterkammer Sinai

Tausende Eritreer fliehen derzeit vor der Diktatur ihres Landes. Menschenhändler entführen und verschleppen sie auf den Sinai, wo sie von Sicherheitskräften wie Kriminelle behandelt werden.

08.04.2014, von [Markus Bickel](#), Kairo



© AP  Der neue Grenzzaun: Er trennt den Sinai (links) und Israel

Eine der größten Tragödien Afrikas spielt sich entlang der Strecke von Eritrea bis auf den Sinai ab. Eritreer fliehen zu Tausenden vor der Diktatur ihres Landes. Erst landen sie in sudanesischen Lagern, aus ihnen werden sie von ägyptischen Menschenhändlern auf den Sinai verschleppt, und dort werden sie von ägyptischen Sicherheitskräften wie Kriminelle behandelt. Dabei sind sie Opfer. Über Wochen sitzen sie etwa in Polizeiwachen ein, ohne dass sich jemand um sie kümmerte – nicht um die Wunden, die Beduinen den Männern und Frauen durch Folter zugefügt haben, und nicht um die Rechte, die den Entführten internationalen Vereinbarungen zufolge zustehen. Kairo hat 1951 die Flüchtlingskonvention zwar ratifiziert, die ägyptische Regierung hält sich aber nicht an sie.



[Autor: Markus Bickel, Jahrgang 1971, Korrespondent für die arabischen Länder mit Sitz in Kairo.](#) Folgen: \_

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) und auch das amerikanische Außenministerium haben zahlreiche Belege für die Zusammenarbeit von Menschenhändlern und Sicherheitskräften auf der Sinai-Halbinsel, aber auch an der Grenze zum Sudan im Süden des Landes vorgelegt. Die Behörden bestreiten aber die Anschuldigungen. Entsprechende

Vorwürfe in einem HRW-Bericht über „Menschenhandel und Folter von Eritreern in Sudan und Ägypten“, der im Februar veröffentlicht wurde, seien „absurd“, sagte ein Sprecher von Außenminister Nabil Fahmy dieser Zeitung. Die amerikanische Organisation habe „unsauber“ gearbeitet; die Beschuldigungen seien „Blödsinn“.

Anders als von Menschenrechtlern behauptet, gehe die Zahl der festgehaltenen Eritreer auf der Sinai-Halbinsel seit dem Sommer 2013 „drastisch“ zurück, heißt es aus dem Außenministerium in Kairo. So sollen 95 Prozent der in Folterkammern gequälten Menschen Eritreer sein; unter den Opfern befinden sich aber auch Äthiopier, Sudanesen und Somalier. Im vergangenen Herbst, als die Armee ihre Offensive auf dem Sinai begonnen hatte, waren die Folterfälle zurückgegangen. Seither häufen sich die Berichte über Entführungen aber wieder.

## **Die finanzielle Erpressung ist das Ziel**

Nach dem Sturz des islamistischen Präsidenten Muhammad Mursi im Juli 2013 sei es den Sicherheitskräften gelungen, die bewaffneten Gruppen, die auch für Menschensmuggel verantwortlich seien, zurückzudrängen. „Wir bekämpfen nicht nur den Terrorismus, sondern auch die Menschenhändler“, sagte Fahmys Sprecher. Ägyptens Politik zeichne „null Toleranz“ gegenüber den Kriminellen, die seit 2009 Tausende Eritreer gefoltert, erpresst und ermordet haben sollen, aus. „Es liegt in unserem nationalen Interesse, die Grenzen zu sichern.“

In dem weitgehend rechtsfreien Raum, der im Norden der Sinai-Halbinsel seit dem Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten 1978 entstanden ist, können die zwischen 16 und dreißig Jahre alten Folterer schalten und walten, wie sie wollen. Die Revolution gegen den Machthaber Husni Mubarak 2011 und die Absetzung von dessen Nachfolger Mursi haben die Lage weiter verschlechtert: Seither wurden bei Angriffen der Terrorgruppe „Ansar Beit al Maqdis“, die mit Al Qaida verbündet ist, Dutzende Sicherheitskräfte getötet. Das Auswärtige Amt in Berlin rief Ende Februar Besucher der beliebten Badeorte Scharm al Scheich, Dahab und Nuweiba auf, sich umgehend mit ihren Reiseveranstaltern in Verbindung zu setzen. „Von Reisen in alle anderen Regionen der Sinai-Halbinsel wird dringend abgeraten“, heißt es aus Berlin.

Die weitgehende Fertigstellung des israelischen Grenzzauns hat dem florierenden Handel mit den Eritreern, die meist in sudanesischen Lagern entführt werden, keinen Abbruch getan. Der 240 Kilometer lange Grenzzaun verhindert zwar, dass – wie noch vor wenigen Jahren – Tausende Flüchtlinge über den Sinai nach Israel gelangen. Doch angesichts riesiger Profitspannen (Familien zahlen für die Freilassung ihrer Angehörigen bis zu 50.000 Dollar) hat sich das Geschäft längst verselbständigt. Nicht mehr der illegale Schmuggel ins Heilige Land ist das Ziel, sondern die finanzielle Erpressung. Der Sinai ist zu einer riesigen Folterkammer geworden. 7000 Menschen sind Recherchen der Tel Aviver Organisation „Ärzte für Menschenrechte“ seit 2009 von Beduinen auf dem Sinai gefoltert worden; mehr als 4000 starben an ihren Verletzungen und liegen verscharrt im Wüstensand.

## **Kein Offizieller ist strafrechtlich belangt worden**

Das Vorgehen ist stets dasselbe: Sudanesischen Menschenhändler entführen Eritreer, die vor der Verfolgung in ihrem Heimatland fliehen und in den riesigen Flüchtlingslagern im Osten Sudans stranden, und verkaufen sie weiter nach Ägypten. In Interviews mit Human Rights Watch haben Überlebende beschrieben, wie ägyptische Grenzbeamte wegschauten, als sie, in

Wagen versteckt, ins Land gebracht wurden. Die gleiche Kumpanei ereignet sich demzufolge auch mehr als tausend Kilometer nördlich davon an der Qantara-Brücke, die vom Festland über den Suez-Kanal auf den Sinai führt: Gegen entsprechende Gelder lassen Sicherheitskräfte die Menschenhändler ebenfalls ohne Probleme passieren.

Im Grenzgebiet zu Israel dann, wo sich die Sicherheitskräfte seit vergangenem Sommer im Krieg gegen Terrorgruppen wie Ansar Beit al Maqdis befinden, enden sie in den Folterkammern lokal ansässiger Beduinen, die die Entführten so lange quälen, bis sie die Telefonnummern ihrer Angehörigen herausrücken. Bei laufender Verbindung beginnt dann die Folter, durch Schläge mit Eisenstangen und Elektroschocks, durch Aufpressen glühenden Metalls und Übergießen mit heißem Wasser. Hunderte Frauen wurden vergewaltigt, Männern und Kindern wurden Gliedmaßen abgetrennt und Organe herausgeschnitten. Manche Folteropfer mussten mitansehen, wie Mithäftlinge über Tage kopfüber an Haken an der Decke aufgehängt wurden, ehe sie qualvoll verstarben.

Die Folteropfer werden nur dann freigelassen, wenn die Angehörigen das verlangte Lösegeld zahlen, berichten Folteropfer. Selbst wenn die Eritreer Misshandlungen, die Tage dauern, überleben, ist ihr Leiden oft noch lange nicht beendet. Häufig greifen Grenzbeamte sie, die als illegal eingewandert gelten, auf und inhaftieren sie über Wochen in überfüllten kleinen Zellen der berüchtigten Polizeiwachen von Al Arisch, Rafah oder Bir al Abd. Auch die Beamten wollen Geld, und nur wenn die Angehörigen den Abschiebeflug nach Addis Abeba zahlen, kommen sie frei. Kein Offizieller ist bislang in Ägypten für die Zusammenarbeit mit den Verbrechern strafrechtlich belangt worden. „Amtsträger sind in zahlreichen Fällen für Vergehen gegen die Verpflichtungen der UN-Konvention gegen Folter verantwortlich“, schreibt aber Human Rights Watch.